

Krieg in der Ukraine : die Reaktionen des Westens

Autor(en): **Goertz, Stefan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **97 (2022)**

Heft 3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1005999>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Krieg in der Ukraine: Die Reaktionen des Westens

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine begann am 24. Februar 2022 in den frühen Morgenstunden und hätte aufgrund der Tatsache, dass die Ukraine kein NATO-Mitgliedsstaat ist und daher nicht mit militärischer Bündnishilfe gemäss Artikel 5 des NATO-Vertrages rechnen kann, von der westlichen Verteidigungspolitik als realistische Option Russlands einkalkuliert werden müssen, um schnell und wirkungsvoll zu reagieren. Dieser Beitrag untersucht die Reaktionen der deutschen Bundesregierung, der EU und verschiedener europäischer Staaten auf diese russische Invasion in der Ukraine.

Prof. Dr. Stefan Goertz, Bundespolizei, Hochschule des Bundes, Lübeck

Dieser Beitrag stellt die persönliche Auffassung des Autors dar.
Stand der Informationen: 26.02.2022

Die deutsche Aussenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90 / Die Grünen) sagte am Morgen des Kriegsbeginns in der Ukraine: «Wir sind heute in einer anderen Welt aufgewacht»; «wir sind fassungslos»; «dieser Krieg wird für uns alle Folgen haben»; man werde «das volle Paket mit massivsten Sanktionen gegen Russland auf den Weg bringen».

Die deutsche Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) adressierte den russischen Präsidenten Putin mit den

Worten: «Was wir gerade erleben, ist ein brutaler Angriffskrieg. Eine gross angelegte Invasion.» Putin nehme unfassbares Leid in Kauf, um seine Grossmachtfantasien zu befriedigen. «Das muss ein Ende haben», so die deutsche Verteidigungsministerin. Der deutsche Bundesminister für Wirtschaft und Energie sowie Vizekanzler Robert Habeck (Bündnis 90 / Die Grünen) räumte ein, man habe Putin falsch eingeschätzt: «Rückblickend muss man sagen, wenn man sich die Schriften von Putin aus dem letzten Sommer anschaut, wenn man die Wortbeiträge zusammenschneidet, dass der Westen, Europa, Deutschland zu naiv waren.» Die ehemalige deutsche Verteidigungsministerin (bis

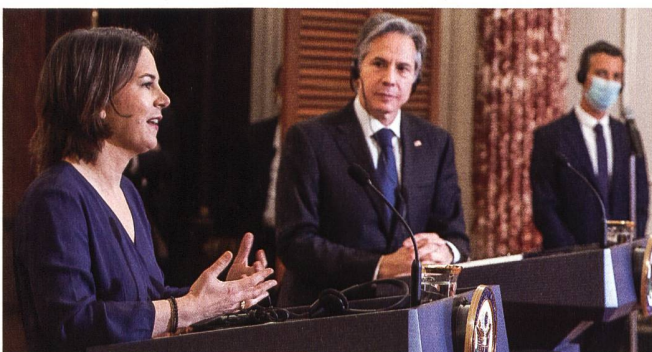
Dezember 2022) Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) twitterte: «Ich bin so wütend auf uns, weil wir historisch versagt haben. Wir haben nach Georgien, Krim und Donbass nichts vorbereitet, was Putin wirklich abgeschreckt hätte.»

Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, beklagte am ersten Kriegstag die «Pflicht unserer deutschen Freunde, der Ukraine zu helfen». Am Tag des russischen Angriffs auf sein Land sagte der ukrainische Botschafter: «Wir brauchen mehr Unterstützung von Deutschland! [...] Wir erwarten noch heute die Entscheidung der Ampelregierung zur Lieferung defensiver Waffen an unser Land.»

Eine Liste von ukrainischer Seite liege dazu seit Monaten vor. Abschliessend stellte Melnyk fest: «Wenn die Ukraine fällt, dann sind auch das Baltikum und Polen nicht mehr sicher.»

Am zweiten Kriegstag bekräftigte die deutsche Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) die ablehnende Haltung der deutschen Bundesregierung gegenüber möglichen Waffenlieferungen an die Ukraine: «Wir sind nicht für Waffenlieferungen in die Ukraine, da hat sich auch nichts dran geändert.»

Die ukrainische Regierung hatte der deutschen Bundesregierung Anfang 2020 ihre Wunschliste zukommen lassen: Flugabwehr-Raketensysteme, Anti-Drohnen-



«Wir sind heute in einer anderen Welt aufgewacht»; «wir sind fassungslos»; «dieser Krieg wird für uns alle Folgen haben»; man werde «das volle Paket mit massivsten Sanktionen gegen Russland auf den Weg bringen». – Deutsche Aussenministerin Baerbock.



Die Verteidigungsminister Lloyd Austin (USA) und Christine Lambrecht (DE). Bisher reagierten beide Nationen mit Zurückhaltung. Nun eine Kehrtwende: «Was wir gerade erleben, ist ein brutaler Angriffskrieg», so Lambrecht.

Gewehre, elektronische Ortungssysteme, Nachtsichtgeräte sowie Munition. Doch die deutsche Aussenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90 / Die Grünen) hatte dieser Anfrage umgehend eine Absage erteilt.

Ende Januar 2022 hatte die deutsche Verteidigungsministerin Lambrecht (SPD) Waffenlieferungen an die Ukraine abgelehnt und dazu gesagt, die Bundesregierung müsse alles tun, um die Krisenlage zu deeskalieren: «Waffenlieferungen wären da aktuell nicht hilfreich – das ist Konsens in der Bundesregierung», betonte sie.

Daraufhin warf die ukrainische Regierung der deutschen Bundesregierung vor, den russischen Staatschef Wladimir Putin in seinem Vorgehen zu «ermutigen» und die Geschlossenheit des Westens in dem Konflikt zu «untergraben». Deutschlands Erklärungen, wonach eine Lieferung «von Verteidigungswaffen an die Ukraine» nicht möglich sei, passten nicht «zur derzeitigen Sicherheitslage», schrieb der ukrainische Aussenminister Dmytro Kuleba Ende Januar auf Twitter.

Die Einheit des Westens gegenüber Russlands sei «heute wichtiger denn je», betonte Kuleba. «Die deutschen Partner müssen aufhören, mit solchen Worten und Taten die Geschlossenheit zu untergraben und Wladimir Putin zu ermutigen, einen neuen Angriff auf die Ukraine zu starten.» Die Ukraine sei zwar «dankbar» für die bisherige Unterstützung Deutschlands, aber «die derzeitigen Erklärungen sind enttäuschend», ergänzte der ukrainische Aussenminister.

Der «Ernst der Lage» verlange von der deutschen Ampel-Regierung ein sofortiges Umdenken und eine Kursänderung in der Frage von Waffenlieferungen an die Ukraine, forderte auch der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk. Melnyk führte Ende Januar aus, alleine für die «ukrainischen Freiwilligen, die sich gerade für die Landwehr melden, um ihre Heimat zusammen mit den Streitkräften zu verteidigen», benötige die Ukraine dringend 100 000 Helme und Schutzwesten.

Am 26.1.2022 erklärte die deutsche Verteidigungsministerin dann, Deutschland wolle der Ukraine 5000 Militärhelme liefern: «Wir haben das sofort geprüft, und wir werden 5000 Helme an die Ukraine liefern.»

Dies sei ein «ganz deutliches Signal: Wir stehen an eurer Seite», sagte die deutsche Verteidigungsministerin Lambrecht. Der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk kritisierte diese angekündigte Lieferung von 5000 Helmen als «reine Symbolgeste». Es sei «nur ein Tropfen auf den heissen Stein, es ist sogar kein Trostpflaster: Die Ukraine erwartet eine 180-Grad-Kehrtwende der Bundesregierung, einen wahren Paradigmenwechsel.» Verteidigungsministerin Lambrecht erklärte dazu, «das ist Ausrüstung, das sind keine Waffen»; «aber das hilft, das gibt Unterstützung. Und genau so werden wir auch weiterarbeiten in diesem Konflikt.»

Weiter sagte sie: «Wir arbeiten daran, dass wir diesen Konflikt mitten in Europa friedlich beilegen», sie habe den Bundestagsmitgliedern des Verteidigungsausschusses deutlich gemacht, «wie wichtig es ist, dass wir alle einen kühlen Kopf bewahren».

Die im Januar von der deutschen Bundesregierung versprochenen 5000 Helme – die Ukraine hatte um 100 000 Helme gebeten – wurden am 26. Februar 2022, dem dritten Kriegstag an die ukrainischen Streitkräfte übergeben.

Markus Kaim von der Stiftung Wissenschaft und Politik, die den Deutschen Bundestag, die Bundesregierung sowie politische Entscheidungsträger Deutschlands in der EU, der NATO und den Vereinten Nationen berät, kritisierte am zweiten Kriegstag im TV, dass es ein «grosser strategischer Fehler der deutschen Bundesregierung» gewesen sei, Waffenlieferungen an die Ukraine kategorisch auszuschliessen.

Weiter sprach Kaim als Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik von der «Hybris der deutschen Politik, dass sie Einfluss auf Russland hätte». Kaim urteilte in Bezug auf die Sicherheits- und Militärpolitik des Westens, dieser habe «lange angedeutet, was für Russland im Fall einer Aggression wirtschaftlich auf dem Spiel steht».

Darum hat der russische Präsident jetzt Wochen und Monate Zeit gehabt, um sein Kosten-Nutzen-Kalkül anzustellen. Und sich für die militärische Invasion entschieden.» Das schlimmste, grösste militärische Szenario habe sich bewahrheitet. «Diejenigen, die immer noch auf Diplo-

matie gesetzt haben und die militärischen Drohgebärden oder den militärischen Aufmarsch Russlands kleingeredet oder unterschätzt haben, sind jetzt eines Besseren belehrt», so der Mitarbeiter des Thinktanks des deutschen Bundeskanzleramts.

Melanie Amann, Leiterin des Hauptstadtbüros des grossen Wochenmagazins «Der Spiegel», sagte am ersten Kriegstag im TV: «Die deutsche Bundesregierung hat aufgegeben, die Ukraine ist jetzt dieser Situation überlassen.» Ohne massive militärische Unterstützung von aussen liesse sich die russische Invasion nicht stoppen. Solidarität erfolge nur durch Sanktionen.

Reaktionen der EU

Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) twitterte am Donnerstagabend, dem ersten Kriegstag, nach dem EU-Krisengipfel: «Diese Ereignisse markieren den Beginn einer neuen Ära. Putin versucht, ein befreundetes europäisches Land zu unterjochen. Er versucht, die Landkarte Europas mit Gewalt neu zu zeichnen. Er muss und wird scheitern.»

Die EU-Aussenminister beschlossen am zweiten Kriegstag ein grosses Sanktionspaket gegen Russland. Dabei geht es beispielsweise darum, russische Banken von den EU-Finanzmärkten abzuschneiden. Grosse Kritik gibt es aber daran, dass der Ausschluss Russlands aus Swift aktuell nicht unter den Sanktionen ist. Daneben wird eine der wichtigsten russischen Banken von den Sanktionen ausgenommen.

Die deutsche Aussenministerin Baerbock (Bündnis 90 / Die Grünen) sprach sich am zweiten Kriegstag dezidiert dagegen aus, Russland als Sanktion für den Angriffskrieg gegen die Ukraine vom internationalen Zahlungssystem Swift abzuschneiden.

Die Grünen-Politikerin verwies auf die Abhängigkeit Deutschlands von russischer Kohle. Ein Ausschluss Russlands aus dem Banken-Kommunikationsnetzwerk Swift hätte «massive Kollateralschäden» und könnte auch die deutsche Energieversorgung gefährden.

Baerbock sagte mit Blick auf die russische Invasion in der Ukraine: «Alles, was wir tun könnten, um diesen Wahn zu stoppen, würden wir tun. Aber ebenso müssen wir sehen, dass wir nicht Instrumente wählen, über die Putin am Ende lacht, weil sie

uns viel härter treffen.» 50 Prozent der Steinkohleimporte stammten aus Russland, sagte Baerbock: «Wenn wir diese Kohle nicht haben, werden die Kohlekraftwerke in Deutschland nicht weiterlaufen können. [...] Und natürlich tragen wir eine Verantwortung dafür, dass wir in Deutschland weiterhin eine stabile Strom- und Wärmeversorgung haben.»

Wenn Deutschland und andere europäische Länder nun dort Probleme bekämen, dann sei dies etwas, was Putin auch wolle, eine «Destabilisierung bei uns», machte Baerbock deutlich: «Wenn bei uns ein paar Tage der Strom nicht mehr richtig funktioniert, dann hätten wir ein richtiges Problem.»

Auf der Plattform Change.org verbreitet sich aktuell eine an den deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz gerichtete Petition, den Swift-Ausschluss Russlands zu unterstützen. «Jetzt ist nicht die Zeit für Appeasement-Politik und Zurückhaltung, sondern die Zeit, einheitlich und stark eine vereinigte Front gegen Russland zu zeigen. Und dazu gehören massive Sanktionen», heisst es im Text der Petition, die innerhalb kürzester Zeit 50 000-Mal unterzeichnet wurde.

Reaktionen europäischer Staaten

Bei einer Geberkonferenz für die Ukraine am zweiten Kriegstag sagten nach britischen Angaben rund zwei Dutzend Staaten «militärische und humanitäre Hilfe» zu. Man erwäge jede Option, um Kiew in seiner Verteidigung gegen «Präsident Putins grundlose und illegale Invasion» zu unterstützen, teilte der britische Verteidigungsminister Ben Wallace auf Twitter mit. Aus Kreisen des britischen Verteidigungsministeriums hiess es, die militärische Unterstützung beinhalte Munition und Anti-Panzer-Waffen sowie Flugabwehrraketen. Dänemark teilte am dritten Kriegstag mit, 2000 schussichere Westen und 700 Sanitätstaschen in die Ukraine schicken zu wollen.

Die Niederlande schicken 200 Stinger-Raketen. Ministerpräsident Mark Rutte hatte ausserdem schon Anfang Februar zugesagt, unter anderem Gewehre, Munition, Radarsysteme und Minensuchroboter zu liefern. Belgien schickt 2000 Maschinengewehre. Polens Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak hat ei-



Bilder: Wikimedia

In Kiew muss die Bevölkerung in den Metro-Stationen Zuflucht vor Beschuss suchen.

nen Konvoi mit Munition in die Ukraine geschickt. Estland und Lettland kündigten am zweiten Kriegstag an, weitere Panzer- und Flugabwehr-Raketen zu schicken. Litauen kündigte an, Waffen zu liefern.

Tschechien schickt der von Russland angegriffenen Ukraine weitere Militärhilfe. Es handele sich um Maschinengewehre, Maschinenpistolen, Scharfschützengewehre und passende Munition, teilte Verteidigungsministerin Jana Cernochova am dritten Kriegstag auf Twitter mit.

Die Lieferung habe einen Gesamtwert von umgerechnet rund 7,5 Millionen Euro. Bereits Ende Januar 2022 hatte die tschechische Regierung entschieden, der Ukraine 4000 Artilleriegranaten zur Verfügung zu stellen. Zudem ist man bereit, verletzte ukrainische Soldaten in tschechischen Krankenhäusern zu behandeln. Die slowakische Regierung gab zudem bekannt, dass sie Treibstoff und Munition in die Ukraine liefern werde.

Vorläufiges Fazit

Was sich seit Wochen angedeutet hat, trat am 24. Februar 2022 ein, ein Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. NATO-Generalsekretär Stoltenberg schloss am ersten Kriegstag eine militärische Unterstützung der Ukraine nach der Invasion Russlands in das Land weiter aus. «Wir haben keine NATO-Truppen in der Ukraine, und wir haben auch keine Pläne, NATO-Truppen in die Ukraine zu schicken», erklärte Generalsekretär Stoltenberg.

Die Ukraine sei ein geschätzter Partner und man habe das Land seit vielen Jahren unterstützt. Er machte deutlich, dass die Verpflichtung zur kollektiven Verteidigung

nur für die NATO-Alliierten gilt. «Wir unterstützen die Ukraine, wir bieten absolute Sicherheitsgarantien für die NATO-Verbündeten.» Stoltenberg sieht derzeit keine Gefahr, dass sich der russische Krieg gegen die Ukraine auf das Bündnisgebiet der NATO ausweitet: «Solange Russland weiss, dass ein Angriff auf einen NATO-Verbündeten eine Antwort des gesamten Bündnisses auslöst, werden sie nicht angreifen, weil wir das stärkste Bündnis der Geschichte sind.»

Um die Abschreckung Russlands noch einmal zu verstärken, werden die NATO-Staaten zusätzliche Truppen an die Ostflanke schicken. «Es wird in den nächsten Tagen und Wochen mehr Kräfte im Osten des Bündnisses geben», führte der NATO-Generalsekretär aus.

Der Westen setzt im Augenblick auf die Wirksamkeit seiner wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland. Ob sich diese Strategie als wirksam erweist, um Russland dazu zu bringen, seinen Angriffskrieg zu beenden, bleibt abzuwarten.

Nach Abschluss dieses Artikels kam es in der Nacht zum vierten Kriegstag zu einer Wende in der Ukraine-Russland-Strategie der deutschen Bundesregierung. Sie rückte ab von ihrem Nein zu Waffenlieferungen an die Ukraine.

Die Bundestagesdebatte am vierten Kriegstag sowie ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro, damit die Wehrausgaben Deutschlands 2024 auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht werden können, wurde von deutschen und internationalen Medien als «Zeitenwende» in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik beschrieben. 